

lingt, die Massen im eigenen Bereich zu beruhigen. Hier bestehen große Sorgen. In Lagos sind Rekrutierungsbüros eingerichtet worden, wo sich die steigende Zahl der Arbeitslosen meldet. Die Verantwortlichen machen sich darüber Gedanken, was mit ihnen geschehen soll, wenn sie nach dem Krieg in ein wirtschaftlich ruiniertes Land zurückkehren („Le Monde“, 18. 11. 67). Aber nicht nur die Zentralregierung scheint gefährdet, auch im Norden drohen Auseinandersetzungen zwischen den traditionellen Machträgern, den Emiren, und den Offizieren, denen nach der Sezession Biafras neue Macht zugewachsen ist. Es drohen also selbst nach dem möglichen Abschluß der Kämpfe zahlreiche Krisenherde, die in der Bevölkerungsstruktur des Landes und in den wirtschaftlich-politischen Gegensätzen zwischen den Regionen und den generationsgebundenen Eliten angelegt sind und die die Zukunft des Landes mitbestimmen werden.

### Ein afrikanisches Trauma

Der Verlauf des Konfliktes und die Zukunft des Landes sind nicht unabhängig von ausländischen Einflüssen und Interessen. Auch wenn alle westlichen Staaten sich aus dem Konflikt heraushielten, bedeutet das nicht, daß keine Interessenkonflikte bestehen. In den Diensten der Zentralregierung stehen nicht nur ägyptische und sogar südafrikanische Söldner. Die Zentralregierung wird auch von der Sowjetunion unterstützt. Sie versichert dabei nachdrücklich, daß diese Unterstützung keine Hypotheken schaffe und bekennt sich auf internationalem Felde zur „großen Neutralität“ nach dem Beispiel Indiens (vgl. „Le Monde“, 22. 11. 67). England, das sich anfangs zurückgehalten hat, unterstützt heute die Zentralregierung. Aber einzelne englische Söldner kämpfen auch auf seiten Biafras (vgl. „Daily Telegraph“, 27. 1. 68). Amerika hält sich zurück, offiziell auch Frankreich. Trotz eifrigen politischen Werbens seit Beginn der Sezession wurde die Regierung Biafras von keinem einzigen Staat anerkannt. Dennoch fehlt es nicht an Sympathien. Eindeutig unterstützt wird Biafra von Portugal, das darin einen Prestigegewinn für seine Afrikapolitik sieht. Frankreich hält sich nach außen streng an den Grundsatz der Nichtanerkennung. Doch sind französische Wirtschaftsinteressen mit Biafra verknüpft, denen die Regierung indirekt Rechnung tragen muß. Sollte sich Biafra, wenn auch nicht militärisch, so doch politisch durchsetzen, rechnet sich die Erdölgesellschaft SAFRAP, die nigerianische Tochtergesellschaft der französischen ERAP, bessere Expansionschancen gegenüber BP/Shell aus (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 4. 2. 68). Indirekt werden diese Zusammenhänge auch von „Le Monde“ (31. 1. 68), die selbst für Biafra Sympathien bekundet, zugegeben.

Wie verhalten sich aber die afrikanischen Regierungen selbst in diesem Konflikt? Kein afrikanischer Staat hat Biafra bisher anerkannt. Es fehlt jedoch auch hier nicht an Sympathien, vor allem in einer Reihe ostafrikanischer Länder wie Tansania und Zambia. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (4. 2. 68) vermerkt, der frühere Ministerpräsident der Ostregion, Okpara, habe während seines Aufenthaltes in Tansania Ende Januar keine Schwierigkeiten gehabt, „seine Auffassung von der Entwicklung in Nigeria in der tansanischen Presse unterzubringen“, während der Geschäftsträger der Zentralregierung darüber klage, „daß er so gut wie keinen Kontakt zu Regierungskreisen Tansanias habe“. „Le Monde“ (31. 1. 68) drückt das Verhältnis der afrikanischen Staaten zur nigerianischen Krise mit dem Satz eines afrikanischen Diplomaten aus: „Die Einwohner von Biafra haben Anrecht auf unendliche Sympathie, aber Biafra hat keinen Existenzgrund, keinerlei Daseinsrecht.“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ sieht in dieser latenten Sympathie „eine Solidarität der eigentlichen Negervölker“ gegen die Völker des islamischen Gürtels, speziell gegen die Stämme des nigerianischen Nordens, die sich zum großen Teil nicht eigentlich als Schwarze betrachten, als deren Vertreter aber die Zentralregierung — wie wir gesehen haben, nicht ganz zu Recht — angesehen wird.

In Wirklichkeit handelt es sich wohl eher um ein afrikanisches Trauma: Auf Grund der eigenen Stammesgebundenheit bringt man den Vorgängen in Biafra bzw. der Rebellenregierung positive Sympathie entgegen. Aber diese Sympathie darf es im Prinzip nicht geben, weil das nigerianische Beispiel jederzeit Schule in anderen afrikanischen Ländern mit ähnlicher Stammesstruktur machen könnte. Neben den fehlenden wirksamen afrikanischen übernationalen Zusammenschlüssen macht dieser Zwiespalt eine erfolgreiche Vermittlungsaktion afrikanischer Staaten unmöglich. Das hat auch die ergebnislose Reise sechs afrikanischer Regierungschefs unter Führung von Ministerpräsident Tubman von Liberia im Auftrag der OAU) im Anschluß an ihre letzte Tagung in Kingshasa deutlich gemacht. Ob deshalb jetzt schon ein Ende dieses „Vietnam“ in Afrika abzusehen ist, ist schwer zu ermitteln. Solange der persönliche Antagonismus der Führer nicht eingedämmt wird, solange man am Wunsch der Ibos zweifeln kann, die nationale Einheit wiederherzustellen, und solange man auch an den Willen ihrer Gegner zweifeln muß, sich an den Separatisten nicht durch Ausrottung zu rächen, ist, wie immer sie militärisch entschieden wird, mit dem Ende der Krise nicht zu rechnen. Der Bürgerkrieg wird zudem weitergehen, solange hilfegebende Staaten ihre wirtschaftspolitischen Interessen nicht zurückstellen und nicht gemeinsam versuchen, die zwei feindlichen Lager an den Gesprächstisch zu bringen.

## Entwicklung und Motive der chinesischen Kulturrevolution

Jüngste Berichte aus der Volksrepublik China enthalten im Gegensatz zur monatelangen Praxis weniger Hinweise auf Art und Umfang, Ziele und Erfolge der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Es ist etwas stiller geworden um diese seit April 1966 in der Öffentlichkeit ausgetragene Kampagne, deren Auswirkungen bis weit über die Grenzen Chinas hinaus zu spüren waren. Westliche Korrespondenten und Diplomaten rätseln z. Z.

noch, ob man augenblicklich von einer „gebremsten Kulturrevolution“ sprechen könne oder aber eine verschärfte Neuauflage zu erwarten sei. Vieles spricht für die erste Annahme — was nicht bedeutet, daß alles wieder wie zu Beginn des Jahres 1965 weitergehen wird. Allerdings kommt man gerade jetzt in der Diskussion und bei verschiedensten Neuerungen auf die damaligen Kritikpunkte, d. h. auf die Mißstände im kulturellen Bereich,

speziell im Erziehungswesen, zurück, die im Verlaufe der Massenmobilisierung vernachlässigt worden waren.

### Das Gewicht chinesischer Tradition

In einer Ansprache vor dem „Forum über Literatur und Kunst“ in Yen-an hatte Mao Tse-tung bereits im Mai 1942 gefordert, „Kunst und Literatur . . . zu einem konstruktiven Bestandteil der gesamten Revolutionsmaschinerie zu machen, sie als eine mächtige Waffe zu benutzen, mit der wir das Volk einigen und erziehen, den Feind niederschlagen und vernichten und dem Volk helfen, den Kampf gegen den Feind mit vereinten Herzen und Sinnen zu führen. . . Wenn wir also nicht Kunst und Literatur im weitesten und universalsten Sinne besitzen, kann die Revolution nicht vorwärtsgehen, nicht siegreich sein.“ Immer wieder betonte er, daß zur Revolution außer der Militärfront auch die Kulturfront gehöre, und damit meinte er nichts anderes als Umerziehung mit Hilfe von Pädagogik und Propaganda, Änderung von Verhaltens- und Verfahrensweisen, Neubessinnung und Überwindung alten Ideengutes.

Der chinesische Ausdruck für „Revolution“ bedeutet in wörtlicher Übersetzung „den Auftrag ändern“, denn nach uralter chinesischer Auffassung erhält der „Zentralherrscher den Auftrag des Himmels und ist das verbindende Glied zwischen Himmel und Erde oder auch zwischen dem Himmel und den Menschen. . . Der Himmel erteilt seinen Auftrag dem Würdigsten unter den Menschen“, kann ihn aber auch jederzeit widerrufen (W. Franke, Das Jahrhundert der Chinesischen Revolution, Oldenbourg, München 1958, S. 13).

Wenn natürlich auch unter „Himmel“ nicht eine göttliche Person verstanden wurde und außerdem heute von den Chinesen nicht mehr all diese Vorstellungen nachvollzogen werden, so zeigt sich doch hierbei wie bei manchen anderen Erscheinungen im kommunistischen China noch eine Fortsetzung oder zumindest Anlehnung an chinesische Tradition. Das erscheint um so überraschender, als die gesamte Kulturrevolution mit dem Ziel propagiert wurde, „die alte Kultur, das alte Denken, die alten Sitten und alten Bräuche“ abzuschaffen und das jeweils Neue einzuführen. Die Vielfalt der Übereinstimmungen mit früheren Erscheinungen in China bedeutet aber keineswegs eine Anhäufung von „revisionistischen“ Tendenzen gegen die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, sie verdeutlicht lediglich das Bemühen um die Synthese typisch chinesischer Wesensart und marxistisch-leninistischen Gedankenguts. Außerdem hilft sie, manche Vorgänge, die für Außenstehende unverständlich oder erschreckend erscheinen mögen, in einem etwas anderen Licht zu sehen.

Gerade durch die „asiatische Form“ des Marxismus-Leninismus, die man glaubt gefunden zu haben, erhoffen sich die Chinesen auch Anklang außerhalb ihrer Grenzen und eine Vormachtstellung, die der alten Idee vom „Reich der Mitte“ wieder gerecht wird. „Das Denken Mao Tse-tungs ist der Marxismus-Leninismus der Ära, in der der Imperialismus seinem eigenen Untergang zutreibt, während der Sozialismus dem Sieg entgegengeht. Mao Tse-tungs Denken ist der Gipfel des heutigen Marxismus-Leninismus — der vollendetste und dynamischste Marxismus-Leninismus“ (NCNA, Peking, 2. 3. 66). So verkündet man es seit langer Zeit, und jeder Chinese wird Tag für Tag mit den Gedanken des Vorsitzenden

Mao konfrontiert. Die Rote Bibel mit der Zitatensammlung aus den Werken Mao Tse-tungs soll in allen Schwierigkeiten helfen und läßt Mao gleichsam als Nachfolger des Konfuzius erscheinen, dessen „Gespräche“ (Lunyu) bereits vor vielen hundert Jahren in schwierigen Situationen gemeinsam zu Rate gezogen wurden. Mao erscheint zumindest rangmäßig als Nachfolger früherer kaiserlicher Herrscher, die sich als „Tugendreichste“ in irgendeiner Weise hervortun mußten.

Hatten sie dies erreicht — und Mao, der Führer beim Langen Marsch und Sieger über Tschiang Kai-schek, der Dichter und Rekordschwimmer, hat es erreicht —, dann galten für sie die Worte des Konfuzius: „Wenn der Edle sich bewegt, bestimmt er den Weg des Menschen; wenn er handelt, gibt er die Regel für die kommenden Geschlechter; wenn er spricht, zeigt er das Vorbild für alle. Die fern sind, hoffen auf ihn; die nahe sind, lassen nicht von ihm“ (zit. nach: Konfuzius in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, hrsg. von P. Do-Dinh, rowohlt's Monographien 42, Hamburg 1960, S. 84).

Maos Idee der „Großen Gemeinschaft“ läßt sich mit ähnlichen Vorstellungen des Konfuzius vergleichen, und die heute geforderte Vorrangstellung der Ideologie vor dem praktischen Können gab es im konfuzianischen Beamtentum ebenfalls. Das „gesteuerte Chaos“, wie man die Kulturrevolution teilweise nennen könnte, entspricht in gewisser Weise alter chinesischer Praxis, und die Ausmerzung bzw. Zerstörung alter Kunstgegenstände entbehrt gleichfalls nicht vielfältiger Vorbilder.

Gewiß sollte man diese Verknüpfung mit der Tradition bei der Deutung der Vorgänge in China nicht überbewerten, doch ist ihre Kenntnis vielleicht ebenso nützlich und notwendig für das Verständnis wie Mao Tse-tungs Lehre von den „immerwährenden Widersprüchen“ und der daraus resultierenden Forderung nach „permanenter Revolution“. Das Thema des Widerspruchs taucht ständig in Maos Schriften auf und läuft im wesentlichen darauf hinaus, „es wäre naiv anzunehmen, daß es im sozialistischen Staat keine Widersprüche mehr geben könne. Diese Widersprüche zu leugnen käme einer Leugnung der Dialektik gleich. . . , die Gesellschaft entwickelt sich zu allen Zeiten unter dem Einfluß ständiger Widersprüche. . . Und es wird in alle Zukunft so sein, daß ein Widerspruch den nächsten nach sich zieht, die Lösung aller Widersprüche neue zur Folge hat“ („Pekinger Volkszeitung“, 5. 4. 56).

Mit dieser Herausstellung entfernen sich die Chinesen weit von den sogenannten „Sowjetrevisionisten“, die nach ihrer Meinung sogar „mit dem Unsinn, die ‚sozialistische Gesellschaft sei ohne Widersprüche‘ . . .“ das Ziel verfolgen, die Interessen der revisionistischen Führungselite in der Sowjetunion und der privilegierten Schichten zu schützen und ihre reaktionäre Herrschaft über das Sowjetvolk aufrechtzuerhalten.

### Einheit der Gegensätze und permanente Revolution

Ähnliche Vorwürfe hatten sich in einer Anfangsphase der jetzigen Kulturrevolution bereits verschiedene chinesische Intellektuelle gefallen lassen müssen, die 1964 durch ihre Angriffe auf Maos Widerspruchstheorie heftige Diskussionen auslösten. „Man redet heute zu viel über die ‚Teilung von eins in zwei‘ und nicht genug über die ‚Vereinigung von zwei in eins‘“, hieß es damals u. a. (vgl. „China News Analysis“, Hongkong.

2. 10. 64). Diese „Einheit der Gegensätze“ bedeute, daß alles und jedes aus antagonistischen Elementen besteht. So enthalte eine alte Arbeit des Ming-Philosophen Fang Ming Chih den Satz, „zwei zu einem zu verbinden“, das sei ein leuchtender Beitrag des alten China zur Einheit der Gegensätze. In einer scharfen Erwidderung unter der Überschrift „Eine neue Polemik an der philosophischen Front“ sprachen die offizielle Parteizeitschrift „Rote Fahne“ und die „Pekinger Volkszeitung“ damals von einer „bewußten, geplanten Opposition gegen den dialektischen Materialismus“, die all dem widerspreche, was Mao Tse-tung in Anlehnung an Lenin festgelegt habe: „Die Einheit der Gegensätze ist bedingt, zeitweilig, vorübergehend und relativ, während der Kampf der Gegensätze absolut ist“ („Peking Review“, 11. 9. 64).

Die Kritik an diesem Grundkonzept setzte sich weiter fort, trat Ende 1965 offener zutage als je zuvor und konnte im Grunde nur Maos Ansicht bekräftigen, daß immer, auch in der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft, „der Kampf zwischen den Fortschrittlichen und den Reaktionären ... weitergehe und es deshalb einer permanenten Revolution bedürfe“ („Liluna Zhanxian“, 2/59). Was mit „permanenten Revolution“ gemeint ist, brachte ein ZK-Beschluß vom 10. Dezember 1958 zum Ausdruck, in dem es u. a. hieß: „Wir verfechten die marxistisch-leninistische Theorie der permanenten Revolution. Wir sind der Ansicht, daß zwischen der demokratischen und der sozialistischen Revolution und zwischen dem Sozialismus und dem Kommunismus keine ‚Große Mauer‘ bestehen kann und darf. Gleichzeitig aber befürworten wir die marxistisch-leninistische Theorie der etappenweisen Entwicklung der Revolution und vertreten den Standpunkt, daß die verschiedenen Entwicklungsetappen die qualitativen Änderungen widerspiegeln und daß diese qualitativ verschiedenen Etappen nicht verwechselt werden dürfen“ (zit. nach St. R. Schram, Die permanente Revolution in China, ed. Suhrkamp 151, Frankfurt a. M. 1960, S. 27).

Daß es nach vorrevolutionären Bewegungen in China im 19. Jahrhundert, der Revolution der Staatsverfassung mit den Anfängen der Republik 1911, der kulturellen Revolution mit der Bewegung vom 4. Mai 1919, der politischen Revolution mit dem Sieg der Kuomintang und der sozialen Revolution mit dem Sieg der Kommunisten 1949 (vgl. W. Franke, a. a. O., S. 5–7), die folgerichtig „qualitativ verschiedene Etappen“ darstellten, weiterhin zu ständig neuen Auseinandersetzungen und Veränderungen kommen müsse, ist wohl die am schwierigsten nachzuvollziehende These Mao Tse-tungs. Kampf gegen ehemalige Machthaber, Großgrundbesitzer, Unverbesserliche war in den Jahren nach 1949 verständlich und zu erwarten. Nach den verschiedensten Säuberungsaktionen und Kampagnen der Nachkriegszeit galt jedoch ein Aufwand und Aufmarsch solchen Umfangs, wie ihn die Kulturrevolution darstellt, im Jahre 1966 vielen eigentlich als unnötig, ja unerklärlich. Wenn sich diese neue Etappe wirklich nur gegen jene immer wieder zitierte „Handvoll bourgeoiser und kapitalistischer Elemente“ richtete, wozu brauchte man dann die Mobilmachung aller?

#### Angst vor bürgerlichen Gewohnheiten?

Wichtigster Beweggrund dürfte die ständige Sorge Maos gewesen sein, durch immer größeren Abstand von den

Wirren des Bürgerkrieges könnten sich im chinesischen Volk Bequemlichkeit und „bürgerliche Gewohnheiten“ breitmachen, die nicht nur sein gesamtes bisheriges Werk zerstören würden, sondern auch das erstrebte Ziel der Gleichheit und des „Neuen Menschen“ unmöglich erscheinen lassen. Mehrmalige schlechte Erfahrung in den letzten Jahren mit Gegnern verschiedenster Herkunft und Bestrebung führten zu immer mehr Angst und Pessimismus. Ende 1964 fragte der amerikanische Journalist Edgar Snow in einem Interview Mao Tse-tung: „Sie haben die Umwelt in China von Grund auf verändert. Viele fragen sich, was die jüngere Generation tun wird, die unter leichteren Bedingungen aufgewachsen ist.“ Mao erwiderte, daß er darauf keine sichere Antwort geben könne: „Es gäbe zwei Möglichkeiten. Es könnte sein, daß die Revolution sich weiter zum Kommunismus hin entwickelt. Aber es könnte auch geschehen, daß die Jugend die Revolution verleugnet“ („The New Republic“, 27. 2. 65). Aus diesem Trauma sind die ständigen Aufrufe an die Massen, die immer neuen Aktionen für bzw. gegen bestimmte Zustände oder Personen eher zu erklären.

#### Die Rolle des Staatspräsidenten Liu Shao-chi

Die „revolutionäre Glut der Volksmassen“ soll ununterbrochen erhalten bleiben getreu dem 1964 geäußerten Ziel: „Man muß Millionen von Nachfolgern fördern und ausbilden, die die Sache der proletarischen Revolution weiterführen“ („Pekinger Volkszeitung“, 3. 8. 66). Kurz nach dem 10. Dezember 1958, an dem Mao Tse-tung von seinem Amt als Staatsoberhaupt zurücktrat und nur noch Vorsitzender des ZK der KPCh und des Politbüros des ZK blieb, wurden eigentlich schon die Weichen für die späteren internen Auseinandersetzungen in der chinesischen Führungsspitze gestellt. Zum Staatspräsidenten und Stellvertreter Maos wurde im April 1959 Liu Shao-chi gewählt, kurz darauf löste der heutige „Kronprinz“ Lin Piao den Verteidigungsminister Peng Teh-huai ab, dessen heftige Attacken gegen das übereilte Unternehmen des „Großen Sprungs nach vorn“ und damit gegen Mao zur Absetzung führten. Sein Vergehen bestand hauptsächlich darin, auf das Gespenst einer Konterrevolution hingewiesen zu haben: „Wenn die chinesischen Arbeiter und Bauern nicht so gutmütig wären, dann hätte sich in China längst eine ungarische Revolution ereignet und es wäre nötig gewesen, sowjetische Truppen ins Land zu rufen, um der Empörung Herr zu werden“ (Lushan-Konferenz, 2. 8. 59). In der Folgezeit, während Liu Shao-chi und Lin Piao ihre neuen Ämter antraten, erhoben sich noch häufiger die verschiedensten „Rechtsabweichler“, deren Entdeckung meistens große Aktionen zur Intensivierung der ideologischen Schulung der Bevölkerung folgten. So setzte im Herbst 1960 die verstärkte Propagierung der Schriften Maos ein und der als „sozialistische Erziehungskampagne“ gestartete Versuch, den „Neuen Menschen“ gleichsam in einem zweiten „großen Sprung nach vorn“ entstehen zu lassen. Der erste, d. h. wirtschaftliche „Sprung“, der allerdings bereits seine Mängel zeigte, fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der vom 10. Plenum des VII. ZK im September 1962 offiziell verkündeten „Kampagne der drei revolutionären Bewegungen“ (Klassenkampf, Produktionskampf, wissenschaftliche Experimente). Nach den mittlerweile veröffentlichten Dokumenten

steht wohl fest, daß bei der gleichen Tagung mit Maos Referat „Nie den Klassenkampf vergessen“ die Kulturrevolution eigentlich ihren Anfang nahm. Noch galt die Position Liu Shao-chis als unbestritten, obwohl er damals mehrere Aktionen startete und Neuerungen einführte, die ihm Ende 1966 den Ruf eines Verräters und des „obersten Machthabers in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht“, einbrachten. Er gehörte ebenso wie Lin Piao zu den alten Waffengefährten Maos und galt lange Zeit als dessen bester Freund und voraussichtlicher Nachfolger. Noch 1965 verbreitete Peking seine Standardwerke „Über die Partei“ und „Wie man ein guter Kommunist wird“. Heute wirft man ihm die darin vertretenen Anleitungen als „Manifest der kapitalistischen Restauration“ und als „Kapitulantenlinie“ vor. Etwas vereinfacht könnte man fast sagen, daß Liu Shao-chi und Lin Piao die beiden rivalisierenden Gruppen der Kulturrevolution verkörpern, daß in ihren Schriften die Widersprüche am deutlichsten werden und daß Mao „als lachender Dritter“ die Auseinandersetzungen entfacht hat und nun auf ein seine Thesen bestätigendes Ergebnis wartet.

Liu Shao-chi sah in der Partei von Anfang an das wichtigste Instrument bei der Festigung der Staatsmacht, doch wandte er sich dabei stark dem einzelnen zu, dessen persönliche Interessen mit den allgemeinen Interessen und Zielen der Partei völlig identifizierbar sein sollten. Von Maos Forderung der „Selbstlosigkeit und völligen Hingabe an andere ohne jeglichen Gedanken an sich selbst“ unterscheidet er sich damit erheblich; verständlich wird sein Standpunkt vielleicht aus der optimistischen Grundeinstellung zu den Erfolgen der chinesischen Revolution, hielt er es doch für ausgeschlossen, daß sich in China das bisher übliche Schema von Revolutionen wiederholen könne, von dem er u. a. sagte: „Kaum waren diese Revolutionäre zur herrschenden Klasse geworden, als sie auch schon ihre revolutionären Eigenschaften verloren und sich gegen die ausgebeuteten Massen wandten, um sie zu unterdrücken; das war ein unerbittliches Gesetz“ (Liu Shao-chi, *Wie man ein guter Kommunist wird*. Vorlesungen des Jahres 1939, Peking 1965, S. 10–11). Heute behaupten seine Gegner, an ihm habe sich dies unerbittliche Gesetz erneut bestätigt. Doch er vertrat den Standpunkt, mit der proletarischen Revolution und der KP Chinas könne sich so etwas nie zutragen, da es sich dabei um eine Revolution handle, „die jegliche Ausbeutung und Unterdrückung sowie die Klassen abschafft“ und „mit der ganzen Korruption und Fäulnis in der menschlichen Gesellschaft aufzuräumen“ imstande sei, indem das Proletariat „eine straff organisierte und disziplinierte Partei aufbaue“.

Eindringlich warnte er schon sehr früh vor Leuten in der Partei wie jenem „gewissen Vertreter des Dogmatismus“, von dem er anführte, er „betrachtete sich selbst als einen ‚chinesischen Marx‘ oder ‚chinesischen Lenin‘, trat als solcher in der Partei auf und hatte die Unverschämtheit, von den Mitgliedern unserer Partei zu verlangen, daß sie ihm ebensolche Ehrerbietung entgegenbringen, wie sie Marx und Lenin zuteil geworden war... Er ging sogar so weit, sich selbst zum ‚Führer‘ zu ernennen, ohne gewählt worden zu sein, kletterte in eine autoritative Stellung hinauf, erteilte der Partei wie ein Patriarch Befehle und suchte unsere Partei zu belehren“ (a. a. O., S. 16). Wenn mit diesem Beispiel damals auch nicht Mao Tse-tung gemeint war, so ist doch verständlich, daß eine Schrift,

die angesichts ihrer starken Verbreitung und des allmählich immer stärker werdenden Personenkults von Mao, den Urheber des „reinen, des chinesischen Marxismus-Leninismus“, einen solchen „Sprengstoff“ enthielt und zudem auch in neuesten Auflagen nur wenig auf die Wichtigkeit des Studiums der Werke Maos hinwies, sehr bald nach Beginn der „offenen Kulturrevolution“ unter Beschuß geriet. Enthielt sie doch auch die Frage: „Können wir aber mit voller Zuversicht sagen, daß solche Leute nie wieder in der Partei auftauchen werden?“ und die Antwort: „Nein, das können wir nicht sagen.“

Langsame, aber stetige Erfolge und Fortschritte gelten Liu Shao-chi mehr als übereilte „Große Sprünge“. Er hielt es nicht nur für wichtig, darauf hinzuweisen, daß alle Parteimitglieder „darauf achten sollen, keine solchen Worte zu gebrauchen, die andere Genossen verletzen könnten, und imstande sein müssen, verletzende Reden anderer zu ertragen“ (a. a. O., S. 111), sondern befürwortete auch sonst im Gegensatz zu Mao den Kompromiß zur Erreichung des Ziels anstelle von Gewalt. Mit seinem Bemühen, alle politischen Fragen friedlich zu lösen und z. B. den unterdrückten Völkern den „parlamentarischen Weg zur Macht“ zu empfehlen, widersprach er Maos These: „Alle politische Macht kommt aus den Gewehren.“ Deshalb erhält er heute die Schuld für das Mißlingen des indonesischen Putsches von 1965 und der Arbeit der Kommunisten Burmas aufgebürdet.

#### Option für Partei oder Armee?

Wenn all diese Einzelheiten und Angriffe jetzt plötzlich offenbar werden, so dürfte dies bestimmt mit dem Aufstieg des Vertreters der Gegengruppe, des neuen Verteidigungsministers Lin Piao, im Zusammenhang stehen, d. h. mit dem Mann, der die Armee augenblicklich für das Wichtigste hält und mit der Weiterentwicklung von Maos „Gewehr-These“ für die weltweite Ebene (vgl. *Es lebe der Sieg im Volkskrieg*, Peking 1965) dem „parlamentarischen Weg“ eine energische Absage erteilt. Nach 1959 begann er sofort intensiv mit der Reaktivierung besonders der ideologischen Arbeit in der Armee. Parteikomitees innerhalb der militärischen Einheiten sorgten für verstärktes Studium der Schriften Mao Tse-tungs. Hier wurden nicht nur manche Säuberungskampagnen und Schulungsaktionen durchgeführt und für das ganze Volk vorbereitet, sondern auch Vorbilder geprägt, indem die Taten einzelner Soldaten als beispielhaft für die „schöpferische Anwendung der Lehre Mao Tse-tungs“ herausgestellt und u. a. sämtliche Rangbezeichnungen abgeschafft wurden. Bereits 1963 konnte Mao deshalb in einer Rede dazu aufrufen, „Lernt von der Befreiungsarmee“, doch ließ er 1966 in den ersten Monaten der Kulturrevolution die Armee zunächst fast gänzlich aus dem Spiel; hatte es doch zu Beginn des Jahres auf einer Konferenz über die politische Arbeit in der Partei heftige Streitigkeiten über die Kompetenzen von Partei und Armee und ihr Verhältnis zueinander gegeben. Erst im weiteren Verlauf der Ereignisse schälten sich die besondere Aufgabe und die neue Position der Armee heraus. Weder die Partei noch die Armee waren von der Ende 1965 beginnenden Kritik an Wu Han's Drama „Hai Jui wird seines Amtes enthoben“ unmittelbar betroffen. Ähnlich wie kurz darauf bei der Verurteilung der „Abendgespräche“ und „Das Dorf der drei Familien“ entlud sich über dem Autor massive Kritik an seinem Werk, dem

man hinterhältige Zersetzungsversuche und revisionistische Tendenzen nachsagte. Sehr schnell weiteten sich diese Attacken aus getreu dem Motto: „Wenn du nicht kämpfen willst, wirst du bekämpft werden. Wenn du nicht vernichtest, wirst du vernichtet werden“ („Rote Fahne“, 15/1966). Doch blieben die Aktionen in der ersten Phase hauptsächlich auf Redaktionen, Universitäten und die Parteiführung in Peking beschränkt. Diese *erste Phase* begann mit dem am 18. April 1966 in der Zeitung der Befreiungsarmee, „Jiefangjun Bao“, veröffentlichten Aufruf zur „großen sozialistischen Kulturrevolution“ (die „gewisse Dinge zerstören und andere aufbauen muß; denn wenn gewisse Dinge nicht vollständig zerstört sind, können andere nicht wirklich aufgebaut werden“) und dauerte bis zum 11. ZK-Plenum im August 1966. Erst in der *zweiten Phase*, die etwa bis Ende des Jahres dauerte — inzwischen sprach man von der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ —, kam es zu den Massenaufmärschen und -ausschreitungen der sogenannten „Roten Garde“, die plötzlich anstelle der der Partei angeschlossenen Jugendliga zum Sammelbecken und Aktionszentrum aller Jugendlichen wurde.

### Die eigentlichen Gründe Maos

Nachdem öffentliche Anklagen, Selbstanklagen und vereinzelte Absetzungen in der ersten Phase nicht den erwünschten Erfolg bringen konnten, bot sich die Gelegenheit zum nächsten Akt der permanenten Revolution geradezu an. Als Gegner wurden all jene ausersehen bzw. deklariert, die 1. gegen den „Großen Sprung“ opponiert hatten, sich 2. nicht gegen, vielmehr für eine Annäherung an die Sowjetunion ausgesprochen hatten und damit 3. für die Wiederherstellung der Herrschaft der Bourgeoisie und die „friedliche Evolution“ eintraten, 4. gegen den Sozialismus und für die Einführung der Individualwirtschaft plädierten sowie 5. sich gegen die „proletarische Kunst“ und für eine Kunst „des ganzen Volkes“ aussprachen, daneben 6. nach dem Motto „Ein Drittel des Lebens“ mehr Freizeit forderten und sich 7. für die Achtung von Vergangenheit und Konfuzius einsetzten, während sie sich 8. gegen den um Mao betriebenen Personenkult wandten (vgl. K. Mehnert, Maos zweite Revolution, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1966).

Im Kampf gegen alle, die unter diese Kategorien fielen, übernahm die „Rote Garde“, eine „gesetzliche Organisation unter der Diktatur der Massen“ und „eine revolutionäre Massenorganisation nach dem Vorbild der Befreiungsarmee“ („Peking-Rundschau“, 30. 8. 66), die Führung der Massen, der „Herren unserer Gesellschaft, auf deren bewußte Aktionen sich die große proletarische Kulturrevolution verlassen muß“ („Peking-Rundschau“, 23. 8. 66), denen allein Mao noch zu vertrauen schien, obwohl er dabei sicherlich auch weitgehend nach dem konfuzianischen „Rezept“ verfuhr: „Es ist möglich, die Massen zu veranlassen, das zu befolgen, was befolgt werden muß; aber es ist unmöglich, ihnen verständlich zu machen, weshalb es befolgt werden muß“ (Konfuzius: Lun-yü, Teil VIII, Kap. 9; zit. nach F. T. Cheng: China — Das Werk des Konfuzius, Rascher Verlag, Zürich 1949, S. 201).

Zwar wurde auf einzelne Mißstände wie den „Ökonomismus“ und die drohende Gefahr eines Revisionismus nach sowjetischem Muster hingewiesen, doch konnte auch die Lektüre der „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“

oder der „Drei ständig zu lesenden Artikel“ eigentlich nicht ausreichen zum Verständnis für die Zerschlagung fast des gesamten Parteiapparates sowie verschiedener Massenorganisationen.

So konnte es auch nicht ausbleiben, daß die Versuche, die alten Funktionäre in Partei und Betrieben durch „Rote Garde“ oder „Revolutionäre Rebellen“ zu ersetzen, teilweise auf erbitterten Widerstand stießen. Die den Arbeitern von den Funktionären häufig versprochenen und als Anreiz für aktiven Widerstand gegen die „Neuen“ gedachten höheren Löhne und „privatwirtschaftlichen Freiheiten“ blieben nicht ohne Erfolg, ja diese Abwehler-Linie breitete sich nach chinesischer Darstellung z. B. in Shanghai mit „zeitweise niederschmetterndem Erfolg“ aus, „da die Idee des Privateigentums für Tausende von Jahren tief in den Vorstellungen des Volkes verwurzelt ist“ („Wen Hui Po“, 21. 1. 67, zit. nach „Europa-Archiv“, 25. 10. 67). Dies erschwerte die Umgruppierung der Macht in kaum erwartetem Umfang und führte schließlich am 23. Januar 1967 zur *dritten Phase*, eingeleitet durch den von Mao an die Armee erteilten Befehl, die „Rote Garde“ bzw. „Revolutionäre Fraktion“ militärisch zu unterstützen.

### Schwer kontrollierbare Eigengesetzlichkeiten

Damit war der Widerstand zwar bald gebrochen, doch blieb es nicht aus, daß inzwischen verschiedene Gruppen von Rotgardisten untereinander in Streit gerieten über den rechten Weg der Nachfolge Maos und sich deshalb sogar blutig bekämpften, so daß die Armee nicht nur gegen abtrünnige Militäreinheiten, sondern auch gegen rivalisierende Mao-Anhänger vorgehen mußte.

„Revolutionäre Dreier-Allianzen“, bestehend aus Kadern der Armee, der Massenorganisationen und der Partei, bildeten ab Februar 1967 allmählich überall die zuständigen Führungsspitzen, die später als „Revolutionäre Stadt- bzw. Provinzkomitees“ noch weiter ausgebaut und schließlich durch „Revolutionäre Große Allianzen“ ergänzt wurden. Allerdings bezeichnet man auch sie nur als „provisorische Machtorganisationen“, für deren späteres Aussehen bisher noch keine Pläne bekannt sind.

Gewaltakte und Streitigkeiten zwischen Militär und Bevölkerung sollten von Mitte 1967 an durch den Aufruf „Unterstützt die Armee und achtet das Volk“ verhindert werden. Da wirtschaftliche Rückschläge zu befürchten waren, erging verschiedentlich an die Rotgardisten die Aufforderung, die Städte wieder zu verlassen und aufs Land zurückzukehren und sich dort nützlich zu machen. Gerade die Angst vor dem Chaos und wirtschaftlichen Ruin dürfte die zunehmende Kompromißbereitschaft insbesondere bezüglich der ehemaligen Funktionäre und Kader bewirkt haben. Nach Errichtung der neuen provisorischen Machtorgane stellte die Führung zwar die Forderung nach „Weiterführung der Revolution“ und gleichzeitiger „Steigerung der Produktion“, doch ließ sich dieses Ziel anscheinend nicht ohne die vorher verjagten bzw. ihrer Posten enthobenen Kader erreichen, mahnte doch die „Rote Fahne“ (4/1967) plötzlich: „Richtige Behandlung der Kader unbedingt erforderlich.“ Unter dem zu Anfang propagierten Primat der Politik war die Laufbahn vieler zunächst beendet. Dann jedoch begann man wieder nach den alten Experten zu rufen, wobei man manchmal nicht nur der Forderung vom März 1964:

„der ideologischen Arbeit den Vorrang einräumen“, sondern sogar Maos Losung vom Januar 1958 „Rot und spezialisiert zugleich“ den Rücken kehrte.

Anscheinend war man sich zu Beginn dieser vierten Phase auch der Gefahr des Entgleitens der gesamten Bewegung aus den Händen der Führung bewußt, denn in dem Artikel hieß es nicht nur, „gegenüber den Funktionären, die Fehler begangen haben“, müsse die Politik verfolgt werden: „Aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden“ und „die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten“. Nein, es folgte auch die mahnende Anmerkung: „Der mehr als ein halbes Jahr dauernde heftige Gegenangriff auf eine Handvoll Parteimitglieder, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, erweckte bei manchen Leuten den falschen Eindruck, daß jedermann in Machtpositionen schlecht und unzuverlässig sei und niedergeschlagen werden müsse.“

### Neuaufbau nach dem nächsten Parteikongreß?

Der blamable Zwischenfall in Wuhan im Juli 1967, bei dem sich Arbeiter und Soldaten gemeinsam gegen Rotgardisten stellten und die aus Peking herbeigeeilten Schlichter verhafteten, machte das Ausmaß der Zerrissenheit im Lande sehr deutlich. Nach der durch Tschou En-lai schließlich herbeigeführten Beendigung des Konflikts häuften sich die Ermahnungen zur Mäßigung und Ruhe. Mao kehrte im September von einer Inspektionsreise durch verschiedene Provinzen mit dem Urteil zurück: „Die Lage in der Großen Proletarischen Kulturrevolution ist ausgezeichnet wie nie zuvor.“ Sein größter und überall öffentlich beschimpfter Widersacher ist aber bis auf den heutigen Tag nicht abgesetzt, gleichsam, als brauche man ihn noch als Zielscheibe, könnte er doch als „Märtyrer“ eventuell durch Maos Gegner zu neuen Ehren erhoben werden. Im übrigen dauert seine Amtszeit offiziell noch bis zum 3. Januar 1969, und vorher kann er eigentlich nur vom Nationalen Volkskongreß gestürzt werden, doch tritt dieser nur unregelmäßig zusammen und gleicht damit in etwa dem Parteikongreß, der entgegen der Satzung sogar seit zwölf Jahren nicht mehr zusammengetreten ist, jetzt aber nach Äußerungen aus Peking doch endlich im Laufe des Jahres 1968 stattfinden soll.

Von diesem Kongreß dürfte auch eine gänzlich neue Linie der KP zu erwarten sein, da die Kulturrevolution ja die Grundlagen der Partei vorerst vernichtet hat. Noch steht nicht fest, in welchem Rahmen und mit welchen Änderungen der Neuaufbau begonnen wird. Wichtig dürfte die zukünftige Stellung der Partei zwischen Armee und Rotgardisten bzw. Jungen Revolutionären sein, falls diese zuletzt genannten Gruppen nicht allmählich ganz verschwinden. Ebenso wichtig bleibt die Frage, wie man die den bisherigen Funktionären angelasteten Übel der Bürokratie, Machtentfaltung und des bürgerlichen Egoismus unmöglich machen will. Da Liu Shao-chi aber ausgeschaltet bleibt, dürfte die eigentlich noch nicht so früh vermutete Parteiwiederkehr von Lin Piao gefördert worden sein, der somit nicht nur Einfluß in der Armee, sondern auch in der Partei ausüben könnte. Mit der dann voraussichtlich verstärkt einsetzenden „Militarisierung der Partei und Ideologisierung der Armee“ (Ost-Probleme, 9. 9. 66) dürfte in gewissem Umfang zunächst die Gewähr gegeben sein, daß Rivalitäten größeren Aus-

maßes zwischen den beiden Machtapparaten unterdrückt werden. Die Armee ist z. Z. noch der eigentliche Machtträger und wird wohl auch in der neuen Parteiorganisation nur eine Ergänzung, nicht aber einen Kontrahenten erhalten.

Diese Position errang die Armee endgültig, nachdem die Frau Mao Tse-tungs am 5. September 1967 den ungebändigten Jugendlichen zugerufen hatte: „Ihr habt den Soldaten die Waffen entrissen, sie zusammengeslagen und niedergebrüllt. Genossen, überlegt doch einmal: Könnten wir hier diskutieren, wenn wir nicht die Volksbefreiungsarmee hätten?“ (zit. nach „Die Zeit“, 17. 11. 67). Von nun an vertauschte die Armee immer mehr die Rolle des Ordnungshüters und Ruhestifters mit der des Befehlshabers und Gesetzgebers, der zugleich die „verlässlichste Stütze der Großen Proletarischen Kulturrevolution“ ist.

### Das ernste Problem der Erziehung der Bauern

Der Schwerpunkt der kommenden Arbeit unter den Massen dürfte bei den Bauern liegen, nachdem sich in den ersten Monaten die ganze Bewegung auf die Städte konzentriert hatte. Mehrmals in dieser Zeit mahnte Peking die Roten Gardien, „organisiert aufs Land zu fahren, um dort an der körperlichen Arbeit teilzunehmen“, wobei „während der Hauptbetriebszeiten der Arbeit auf dem Feld ... die Bewegung ... zeitweilig eingestellt“ werden könne („Pekinger Volkszeitung“, 7. 9. 66). Während hierbei wohl mehr die Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund stand, gab es später verschiedentlich Aufrufe an die Jugendlichen, unter der bäuerlichen Bevölkerung die Ideen Mao Tse-tungs verstärkt zu verbreiten und zu diskutieren.

Am 23. November 1967 brachten die drei großen Zeitungen, „Pekinger Volkszeitung“, „Rote Fahne“, und „Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee“, gemeinsam den richtungweisenden Artikel „Kampf der beiden Wege auf dem Lande in China“ (vgl. „Peking-Rundschau“, 5. 12. 67), der auf das „ernste Problem der Erziehung der Bauern“ hinwies und für die Zukunft schwerwiegende Neuerungen ankündigte: „Das Proletariat und die armen Bauern und unteren Mittelbauern müssen die ganze gewaltige Macht der Diktatur des Proletariats aufbieten, um das sozialistische Kollektiveigentumssystem zu festigen und zu entwickeln, damit der Weg des gemeinsamen Wohlstandes eingehalten wird.“ Die von Liu Shao-chi „der sozialistischen Revolution auf dem Lande entgegengestellte bürgerliche reaktionäre Linie“ werde endgültig „auf den Misthaufen der Geschichte“ fliegen. Dies stellt nicht nur eine Neuauflage der schon bekannten Tiraden gegen den Staatspräsidenten dar, sondern verwies auf eine Entwicklung, die wahrscheinlich entsprechend Maos Wünschen nun mit großer Verspätung das Wirkliche soll, was 1958 und später in die Brüche gegangen war: den „Großen Sprung nach vorn“ in Landwirtschaft und Industrie mit Hilfe der Volkskommunen.

Da dieser zweite Anlauf nicht wieder ein Fehlschlag werden darf, hat man sich vorgenommen, „die Bauernmassen ständig neu mit der sozialistischen Ideologie zu durchtränken“. Und so läuft denn seit einiger Zeit unüberhörbar die Propaganda gegen den Individualismus und für den Kollektivismus, gegen den Egoismus und für die Hingabe an die Interessen der Gemeinschaft. Geduld, Selbstverleugnung und Arbeit sollen zukünftig bestimm-

mender als bisher für jeden Chinesen sein. Er soll sich bis zum letzten, ja bis zum Tode, der dann ein „sinnvoller Tod“ wäre, einsetzen zunächst für die Gemeinschaft seines Volkes, dann die aller Unterdrückten der Welt.

### „Export“ in die Dritte Welt mißlungen

Da dieser unbedingte Einsatz nur mit Hilfe der Lehre Maos, von dem „jeder Satz eine Wahrheit ist, die mehr Gewicht hat als 10 000 gewöhnliche Sätze“, möglich ist, startete man eine Veröffentlichungswelle, die wohl alles Bisherige übertrifft, sollen doch allein 1967 86 400 000 Exemplare der vierbändigen „Ausgewählten Werke“, 350 Millionen Exemplare der „Worte des Vorsitzenden Mao“ („Rote Bibel“), über 47 500 000 Exemplare der „Mao-Tse-tung-Chrestomathie“ sowie über 57 Millionen der „Gedichte des Vorsitzenden Mao“ gedruckt worden sein — nicht nur für China, sondern auch für 148 Länder der ganzen Welt (vgl. „Peking-Rundschau“, 7. 1. 68).

Der Versuch jedoch, die Kulturrevolution in andere Länder zu exportieren, ist bis auf Albanien und Versuche mit einer „Grünen Garde“ in Tansania wohl mißlungen. Im Zweikampf zwischen der Sowjetunion und China konnte Mokau, das bemüht ist, immer wieder den Unterschied zwischen echtem Marxismus und Maoismus herauszustellen (z. B. in „Kommunist“, 5/1967, wiedergegeben in „Ost-Probleme“, 29. 12. 67) und auf imperialistische Bestrebungen Pekings hinzuweisen, fast überall die Führungsrolle zurückgewinnen. Diplomatische und politische Schlappen in Afrika und Asien sowie die Übergriffe und Beleidigungen gegen Botschafter oder Gastgeber, ehemalige Freunde oder Neutrale in Peking und vielen Hauptstädten der Welt haben keineswegs dazu beigetragen, das Ansehen der Volksrepublik China zu steigern. Im Gegenteil! Sie haben zu verstärktem Selbstbewußtsein, größerem Ansehen und zur kulturellen Wiederbelebung besonders traditioneller Werte in Nationalchina sowie zu einer Aufwertung der Sowjetunion geführt.

Der Machtkampf im Hinblick auf die Nachfolge Maos, wobei es zunächst weniger um einzelne Personen als um Me-

thoden und Programme geht, spielte bei der Inszenierung der Kulturrevolution ebenso eine Rolle wie Maos Angst vor Kapitalisten, wachsendem Wohlbehagen und Rückfall ins Privateigentum sowie erklärtem Kampf gegen Bürokratie, Technokraten und Experten, kurz, gegen ein neues Establishment.

Als Katalysator wirkte dabei sicherlich die steigende Angst angesichts der Bedrohung Chinas von außen, die durch die Verschärfung in Vietnam, durch zunehmende Einkreisung durch die USA und die erste Entzweigung mit der Sowjetunion aufgetreten ist. Um gegen diese starke, wenn auch verharmlosend als „Papiertiger“ bezeichnete Machtkonzentration an den Grenzen bestehen zu können, braucht China eine wachsame, eine an Entbehrungen gewöhnte, kampfwillige und -geschulte, in nationalistischer Hochstimmung befindliche Volksmasse. Um dieses Ziel neben dem weiteren Ausbau des Landes zu erreichen, müssen eben alle eingespannt, alle Möglichkeiten ausgeschöpft und „alle finsternen Elemente hinweggefegt werden“. Dazu muß nach Maos Ansicht „die Ideologie der Menschen umgeformt und ihre Seele erschüttert“ werden. Es erscheint unmöglich, das Ergebnis dieses programmatischen Ziels heute bereits abzulesen. Niemand wagt bis jetzt eine Analyse des in dieser Beziehung bisher Erreichten. Neben kapitalistischen und bürgerlichen Ideen sollte jeder Chinese auch jeglichen „religiösen Ballast“ abwerfen. Ob er es getan hat? Die Zerstörungen und Terrorakte der Rotgardisten im August 1966 an Kirchen und Tempeln, Buddhastatuen und Madonnen, Demütigungen von Priestern und Schwestern sowie die Schließung bzw. Übernahme aller Gotteshäuser haben nach außen hin auch die letzten Reste kirchlichen Lebens beseitigt. Was im Innern der Menschen bei der ständigen Indoktrinierung mit Marxismus-Leninismus-Maoismus und vollständigen Abkapselung auf die Dauer erhalten bleiben kann, ist nicht vorauszusehen. Die einzige Hoffnung gibt die Kulturrevolution selbst, die ja nur deshalb entfesselt wurde, weil trotz Abkapselung und langjähriger Schulung immer wieder alte Kultur, altes Denken, alte Sitten und Bräuche auftauchen.

## Kurzinformationen

Zum neuen Präsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken wurde auf dessen Vollversammlung am 20. Februar 1968 in Frankfurt der Oberbürgermeister von Münster und Leiter der dortigen katholischen Sozialakademie, *Albrecht Beckel*, gewählt. Beckel gewann die Wahl mit 48 zu 43 Stimmen gegen den früheren Generalsekretär und gegenwärtigen Leiter des Außenamtes des ZK, den Bundestagsabgeordneten der CDU, *Heinrich Köppler*, nachdem die anderen Anwärter, die Professoren *Maier* (München), *Mikat* (Bochum) und *Roegel* (München), auf eine Kandidatur verzichtet hatten. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: *H. Köppler*; Oberstudienrat *L. Lillig*, Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München; *A. Müller*, Generalsekretär der KAB (Köln), und Frau *M. Dirks* (Wittnau bei Freiburg). Neben dem neuen Präsidium wählte das Zentralkomitee acht weitere „Einzelpersonlichkeiten“ zu Mitgliedern: *H. Abs*, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank (Köln); Generalleutnant *C. van Hobe*; Prof. *K. Holzammer*, Intendant des ZDF (Mainz); *A. Müller*, Stellvertretender Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese Köln und Stellvertretender Landesvorsitzender des DGB (Düsseldorf); *G. Müller*, Präsident des

Bundesarbeitsgerichts; *W. Ross*, Direktor des Goetheinstituts (München); Staatssekretär a. D. *F. Tillmann*, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, und Frau *E. Zillken*, Vorsitzende des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder (Köln). Auf der gleichen Sitzung wurde die Errichtung von sechs neuen Beiräten beschlossen: Kulturpolitik, Gesellschaftspolitik, Staat, Publizistik, internationale Fragen, Apostolat und Seelsorge.

Der „Rücktritt“ von Kardinal *G. Lercaro* als Erzbischof von Bologna hat innerhalb und außerhalb Italiens zu widersprüchlichen Reaktionen geführt, nachdem bereits sein Verzicht auf den Vorsitz des römischen Liturgierates (HK 22, 65), zu dem es in einer Dokumentation aus der Umgebung des Kardinals heißt, er hätte „eine Phase, in der die Momente der Spannung fortschreitend über die Momente der Approbation siegten“, beendet, Anlaß zu Vermutungen gewesen war. Der Rücktritt des Kardinals wurde in einer kurzen Notiz im „Osservatore Romano“ (12./13. 2. 68) bekanntgegeben, in der es hieß, der Papst habe „wohlwollend dem Wunsch seiner Eminenz . . . entsprochen“, ihn von der Leitung der Erzdiözese zu entbinden . . .